



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 7.1 der öffentlichen Sitzung am 15. März 2018

Antrags-Nr. 18-F-02-0005

Antrag auf Sachstandsbericht des Magistrats zum Angebot von Schweinefleisch in Wiesbadener Schulkantinen - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.18 -

Ernährung an Wiesbadener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind Grundwerte des privaten und auch des öffentlichen Lebens. Dies spiegelt sich in dem Recht der ungestörten Ausübung der eigenen Religion im privaten und ihrer Präsenz im öffentlichen Raum wieder. Im Verhältnis zwischen den verschiedenen Religionen müssen Respekt und Toleranz gelten. Dies jedoch darf nicht dazu führen, dass die Religion einzelner Gemeinschaften die Lebensweise anderer Teile der Gesellschaft einschränkt oder sogar in Frage stellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob in Wiesbadener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vor 2017 Mahlzeiten angeboten wurden, die keiner traditionellen religiösen Speisevorschrift entsprachen (z.B. traditionelles Verbot des Verzehres von Schweinefleisch im Judentum und Islam, traditionelles Verbot des Verzehrs von Rind im Hinduismus usw.) und falls ja, an welchen der genannten Einrichtungen;
2. ob und ggf. aus welchen Gründen heute an Wiesbadener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen Mahlzeiten angeboten werden, bei deren Zubereitung z.B. auf bestimmte Fleischarten verzichtet wird;
3. weshalb diese Gründe vor 10 Jahren noch nicht zutrafen;
4. für den Fall, dass die Zubereitungsform nach 2017 traditionelle religiöse Gründe hat, welche anderweitigen Veränderungen aus religiösen Gründen der Magistrat in den kommenden Jahren in den Wiesbadener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen erwartet;
5. welche Auswirkungen der Verzicht auf bestimmte Fleischarten in Wiesbadener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auf die bäuerlichen Betriebe in der Region hat.

Ferner wird der Magistrat gebeten zu prüfen,

ob zu den Mahlzeiten in Wiesbadener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wieder regelmäßig alle Fleischsorten angeboten werden sollten bzw. warum gegebenenfalls nicht.

Protokollnotiz Nr. 0114

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2018 hat sich nach dem mündlichen Bericht von Stadtrat Manjura erledigt und wird von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2018

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .03.2018

Dezernat VI und Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister